

Zu den Wurzeln des Krieges – eine wirtschaftsgeschichtlich und transformationstheoretisch orientierte Skizze

Betrachtet man die Entwicklung der letzten Jahrzehnte vor dem Hintergrund des Krieges zwischen Russland und der Ukraine, läuft alles auf die Frage hinaus, ob die Entwicklungskonzepte, auf denen Wirtschafts-, Sozial- und internationale Politik des „Westens“ basieren und die damit verbundenen Wege der Lösung von Widersprüchen noch tragfähig sind oder nicht. Wenn man die Vorgeschichte dieses Krieges unter dem Gesichtspunkt der inneren russländischen Entwicklung analysiert zeigt sich, dass das offensichtlich nicht der Fall ist. Auch wenn dies weitgehend abgelehnt und als Rechtfertigung des Krieges denunziert wird – der Krieg und die darum gruppierten Widersprüche sind Resultat langfristiger globaler Entwicklungen. Dabei geht es auch um die Rolle der NATO und der EU-Osterweiterung, aber nicht nur. Die Entscheidung zum Krieg ist nicht Ausfluss ideologischer Motive, sondern gründet sich in letzter Konsequenz in den Bedingungen der Entstehung und der Entwicklung des russländischen Kapitalismus als Teil der globalen neoliberalen Ordnung.

Die Darstellung Putins als Psychopaten soll diese Komplexität verdecken. Es soll eine Linearität suggeriert werden, die jede Entspannungspolitik diskreditiert. Die taz merkt zu Recht an: „Putin als Verursacher von Krieg und Verbrechen für verrückt zu erklären, ist emotional nachvollziehbar, greift aber zu kurz. Putin kalkuliert bei aller Irrationalität kühl – davon sollte sich niemand verwirren lassen.“ (Schroeder 2022) Ob allerdings der russische Großmachtchauvinismus als ideologische Klammer irgend ein Ziel beschreibt, oder doch nur Mittel ist, steht auf einem anderen Blatt. Die Hervorhebung Alexander Dugins als Stichwortgeber des russischen Nationalismus verdeckt die tatsächlichen Hintergründe des Ukraine-Krieges. Wahrscheinlich ist er auch viel weniger wichtig, als dargestellt wird. Viele Medien lieben düster schillernde Charaktere. Die Konzentration auf sie ist bestens geeignet, wesentliche Zusammenhänge zu vernebeln. Etwa die Person Rasputins im Kontext der Russischen Revolution 1917. Es mag sich platt anhören, aber wie der Ideologe Rasputin zur Ablenkung von der Verantwortung der russischen Eliten, der adeligen wie der bürgerlichen, für den Krieg und den sozialen Niedergang des Russischen Imperiums herhalten musste, ist es heute der Bezug auf den Ideologen Dugin, der geeignet ist, die Interaktion von russländischen, anderen postsowjetischen und westlichen Oligarchien als Hintergrund des aktuellen Krieges klein zu reden.

Ein Kind seiner Zeit

Dazu passt der verwunderliche Umstand, dass allgemein das Verhältnis der Linken zu Russland als problematisch betrachtet wird, aber nicht, dass die Eliten in Russland und im postsowjetischen Raum selbstverständlich die vielleicht ersten legitimen Kinder des Kapitalismus des 21. Jahrhunderts, des Finanzmarktkapitalismus, sind. Dreiðig Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion ist weitgehend vergessen oder verdrängt, wie sich die Gesellschaften in den danach entstehenden Staaten, eben auch in Russland (das ja nicht identisch mit der Sowjetunion war), entwickelt haben, welche Rolle der Westen dabei spielte und warum Alternativen sich nicht durchsetzen konnten. Dazu ist es nötig, sich die weitgehend vergessene Geschichte der 1990er Jahre zu vergegenwärtigen. Dabei soll es ausdrücklich nicht um die außenpolitischen Konflikte und Entscheidungen Russlands und des „Westens“ gehen (ausführlich dazu Wood 2022; Dellheim/Brangsch 2014), sondern um die

gesellschaftskonzeptionellen Debatten und Entscheidungen, die in Russland vor diesem Hintergrund getroffen wurden.

Die heutigen Führungsschichten in Russland wie im postsowjetischen Raum überhaupt sind geprägt von den Verhältnissen der späten Sowjetunion und den weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Verhältnissen dieser Zeit: dem politischen Sieg der Akteure von Reagenomics und Thatcherismus, die sich ökonomisch und erst recht sozial schon im Niedergang befanden. Diese Generation ist also kein reines Sowjet-Produkt. In den sowjetischen Bibliotheken waren, auch in Übersetzungen, westliche gesellschaftswissenschaftliche Literatur in viel breiterem Maße als etwa in der DDR öffentlich zugänglich. Nach 1989 traten diese nun bald postsowjetischen Eliten in einen noch intensiveren Austausch mit den früheren Gegner*innen – durch Übersetzungen der wesentlichen Literatur zu wirtschaftlichen und geopolitischen Fragen, Forschungsaufenthalte, gemeinsame Projekte usw.. Daran änderte sich bis vor wenigen Wochen nichts. Sozialdemokratische bzw. sozialstaatliche Auffassungen spielten demgegenüber eine schwächere Rolle und wurden bestenfalls (allerdings in einer eher paternalistischen Interpretation) im akademischen Raum kultiviert. Diese Weichenstellung fand bereits Ende des Jahres 1989 statt. Der Wirtschaftshistoriker R.A. Belousov hebt in diesem Zusammenhang die Rolle der unter Leonid Abalkin in diesem Jahr geschaffenen Kommission für eine Wirtschaftsreform hervor. Auf einer Konferenz im November 1989 wurden drei Varianten diskutiert: die erste („konservative“) sah eine schrittweise Umgestaltung der Wirtschaft bei stabilen Preisen und einer starken Stellung der zentralen Organe vor; die zweite („radikale“) orientierte auf die Zerstörung der bisherigen Strukturen in kurzer Zeit und entsprach dem, was später als „Schocktherapie“ bezeichnet werden sollte. Diese wurde zu diesem Zeitpunkt von den Teilnehmenden als „rein theoretische Variante“ betrachtet. Die dritte Variante („gemäßigt-radikale“) war in ihrer Konsequenz auf ein wohlfahrtsstaatliches Modell gerichtet, mit einem aktiven, gestaltenden und intervenierenden Staat. Der Ausgangspunkt sollte eine „Entstaatlichung“ des Eigentums sein. Man stellte sich plurales Eigentum, von der Verpachtung staatlicher Unternehmen bis hin zu Genossenschaften vor. Unklar blieb die Rolle der Planung in einem solchen System. (vgl. Belousov 2006, 142–144)

Die Köpfe der politischen Umbrüche im heute postsowjetischen Raum fanden Anfang der 1990er allerdings auch einen bereits neoliberal deformierten Sozialstaat als Referenz für die Umgestaltung der eigenen Gesellschaften vor. Die westlichen Stichwortgeber*innen für die „Reformen“ in Osteuropa kamen vor allem aus dem neoliberalen Lager. Man erinnere sich an die Missionsreisen eines Jeffrey Sachs durch Osteuropa, auf denen er den entstandenen Regimes die Schocktherapie empfahl, oder die von Francis Fukuyama propagierte griffige These vom „Ende der Geschichte“. Die Generation, die letztendlich die Zerschlagung der UdSSR und die Konstituierung der neuen Staaten gestaltete, rezipierte in eigenwilliger Weise den neoliberalen bzw. neokonservativen Weg vor allem der USA, weniger anderer Richtungen. Die Mannschaft um den berühmt-berüchtigten Egor Gaidar¹ war bei der Entwicklung ihrer Konzeption von Schocktherapie von den Auffassungen der Neoliberalen wenigstens inspiriert. Schon Anfang 1990 nahm dieser Kreis an einem Seminar zu den sowjetischen Wirtschaftsreformen am Internationalen Institut für Angewandte Systemanalyse in Wien teil. In Vorträgen von führenden Vertretern wirtschaftswissenschaftlicher Forschungseinrichtungen aus den USA und Großbritannien wurden die sowjetischen Teilnehmer*innen mit Argumenten für die Schocktherapie ausgerüstet. (vgl. ebd., 144) Kurze Zeit später spielte Jeffrey Sachs als unmittelbarer Berater, wie schon in Polen, eine zentrale Rolle.

¹ Egor Gaidar entstammt der Oberschicht der Sowjetunion. Sein Großvater war Arkadi Gaidar, der u.a. mit seinem Kinderbuch „Timur und sein Trupp“ berühmt wurde. Daher die Formulierung „Gaidar und sein Trupp“ (gaidar i ego kommanda).

Darüber spricht er später unumwunden und ohne jeden Schatten von Problembewusstsein. (Sachs 2005, 135ff.) Die von ihm versprochene bzw. empfohlene ausländische Hilfe war eine rhetorische Floskel. Sachs sagt, er habe die Reformen nicht vorgeschlagen, weil er sicher gewesen sei, dass sie funktionieren würden, sondern er der Auffassung war, dass man es versuchen sollte. (ebd., 135f.) Dieser Zynismus wird von der neuen Oberschicht in Russland übernommen.

Neoliberale Dystopie

Das Russland der 1990er Jahre wirkte dem entsprechend wie aus einer Friedmanschen Utopie gebaut: starkes Unternehmertum, schwacher Staat, Pressefreiheit, eine weitgehend handlungsunfähige Linke, schwache Gewerkschaften. Dass das die erneute „ursprüngliche“ Akkumulation des Kapitals weitestgehend kriminell sein musste, die Meinungsfreiheit ohne Gewicht bleiben musste und das Zerreißen des sowjetischen Alltages zu einer sozialen Katastrophe entwickelte, war eine Konsequenz der den Reformen zugrundeliegenden, damals im Westen vorherrschenden und in diesem Sinne modernen Konzepte. Mit der tatsächlichen oder faktischen Privatisierung der Wirtschaft und teilweise der sozialen Sicherung datiert eine gemeinsame Geschichte, die nicht mehr durch die Unterschiedlichkeit der sozialökonomischen Systeme, sondern durch die Konkurrenz im Rahmen eines gemeinsamen sozialökonomischen Systems bestimmt wird. In dem Sinne ist auch Putins gesellschaftsstrategische Aussage aus dem Jahr 1993, dass politische Gewalt kriminell sei, „wenn sie auf die Beseitigung marktwirtschaftlicher Verhältnisse abziele, „notwendig“, wenn sie private Kapitalinvestitionen befördere oder schütze. Er, Putin, billige angesichts des schwierigen privatwirtschaftlichen Weges eventuelle Vorbereitungen Jelzins und des Militärs zur Herbeiführung einer Diktatur nach Pinochet-Vorbild ausdrücklich.“ (ND 1993) Putin brachte damit die mit den politischen und wirtschaftlichen Umbrüchen 1990-1993 in Russland entstandene Interessenlage der neuen Oberschicht klar auf den Punkt.

Ganz abgesehen von den geschäftlichen Beziehungen waren und sind die Eliten aller postsowjetischer Gesellschaften ihrer Entstehung nach so sowohl geistig, als auch hinsichtlich ihrer materiellen Interessenlage Fleisch vom Fleische des modernen kapitalistischen Systems. Ihre Strategien sind aus dieser Perspektive zu betrachten, in der natürlich, wie im Westen auch, die Ablehnung sozialer Rechte, Nationalismus und Chauvinismus ihren Platz haben.

Das Wollen der herrschenden Kreise war die eine Sache, eine andere die Veränderungen der sowjetischen bzw. postsowjetischen Gesellschaften in ihrer Breite. Das wird oft unterschätzt, da die Sprunghaftigkeit der weltwirtschaftlichen und -politischen Gegebenheiten die Dynamik im Innern zu überlagern scheint. Die Tiefe und der Charakter des Bruchs 1990/91 bleiben weitgehend unverstanden, wenn man nicht in Rechnung stellt, dass die Aufteilung der UdSSR unter den Eliten sich zwar an der westlichen Ideologie des freien Marktes orientierte, aber eben auf völlig andere Bedingungen traf. Gemeinsam war einem Großteil der neuen Oberschicht, dass das westliche Freiheitsversprechen als gegeben hingenommen wurde, sein Werden aber aus dem Bewusstsein fiel – es wurde paternalistisch gedeutet, nicht als Resultat von Klassenkämpfen, aller marxistisch-leninistischen Bildung zum Trotz. In der Krise der 1990er Jahre durfte Alternativen kein noch so kleiner Raum gegeben werden. Und das wurde durch den „Westen“, etwa den IWF, gedeckt:

„Gerade das Beispiel von GUS -Staaten wie Rußland, Ukraine, Weißrußland und Kasachstan zeigt aber, dass es nicht allein um falsche Prognosen und Mitnahmeeffekte von Spekulanten geht. Die "Philosophie" des IWF, seine ideologische Basis unter dem Namen "Washingtoner Konsens",

funktioniert hier nicht. Der Währungsfonds setzt überall auf der Welt auf dasselbe "Standardmodell", wie ein Arzt, der jedem Patienten dasselbe Rezept verschreibt, egal welche Krankheit ihn plagt. Das Credo heißt "freie Märkte, freie Preise", koste es, was es wolle." (Erler 2000)

Während im „Westen“ die den sozialstaatlichen Kompromiss stabilisierenden Momente im Verlaufe der Jahre von 1990 bis 2010 enorm an Gewicht verloren, konnten sie sich im „Osten“ gar nicht erst entwickeln. In keinem dieser Länder konnte eine selbständige ArbeiterInnenbewegung entstehen, wie sie im „Westen“ für die Konstituierung der dortigen Modelle des Kapitalismus entscheidend war. Dementsprechend fanden wohlfahrtsstaatlich orientierte Vorstellungen von Intellektuellen und Teilen des Unternehmertums oder sozialdemokratische Konzepte nur in begrenztem Maße politisches Gewicht. Im „Westen“ wiederum verlor die ArbeiterInnenbewegung diese Selbständigkeit im Verlaufe der 1990er Jahre weitgehend. Eine neue Generation, die nicht mehr von den Erfahrungen der Nachkriegszeit und der sozialen Kämpfe der 1950er-Jahre geprägt war, nahm schrittweise die entscheidenden Positionen in den Entscheidungsprozessen aller politischer Richtungen ein. Die Gleichzeitigkeit des Zusammenbruchs von Realsozialismus und bolschewistisch-kommunistischer Bewegung, des Triumphes des Neoliberalismus und der Durchsetzung neuer Technologien und Geschäftsmodelle hatte für deren Weltbild und Wertekanon entscheidende Konsequenzen. In dieser Hinsicht gleichen sich Eliten im Westen und im Osten: Nach Innen erscheint der sozialstaatliche Kompromiss, nach Außen erscheinen Ideen der friedlichen Koexistenz verzichtbar. Neue technische Möglichkeiten der Kontrolle der Gesellschaft und der Kriegführung unterhalb der Schwelle zum Atomkrieg verleiten dazu und ermöglichen, innen- wie auch außenpolitische² Konflikte auf repressive Weise bzw. mit Gewalt und vermeintlich geringem Risiko zu lösen.

Weichenstellungen I

Das Fehlen des gesellschaftlichen Kontrahenten, einer gesellschaftlich handlungsfähigen Bewegung der Lohnabhängigen, bildet aber auch den Hintergrund für die Spezifik der Kapitalismen bzw. Imperialismen im postsowjetischen Raum. Die dem westlichen Bürgertum eigene Vorsicht und parlamentarisch vermittelte Konsensorientierung konnte sich hier nicht entwickeln, zumal diese ja im Westen schon unter Beschuss stand. Daher sind westeuropäische oder US-amerikanische Rechtsextreme in Russland für Teile der Eliten kein Problem, sie verkörpern aus ihrer Sicht gewissermaßen die Vollendung der ohnehin im Westen vorhandenen Tendenz.

Diese Herkunft der russländischen Eliten bedeutet aber nicht, dass es selbst zu Jelzins Zeiten keine Alternativen gegeben hätte. Interessant ist, dass diese Frage ausgerechnet von den Exponenten der Schocktherapie Egor Gaidar und Anatolij Chubajns in einem Buch erörtert wurde, sicher auch als Verteidigung gegen den Vorwurf, mit ihren Entscheidungen das Elend der 1990er Jahre verursacht zu haben. (vgl. Gajdar/Čubajns 2011) Im Vorwort werden die Weichenstellungen recht gut zusammengefasst. Die erste war die Freigabe der Preise am 2. Januar 1992 und damit die Einführung des freien Preises als „wichtigstes Institut einer Marktwirtschaft“. (ebd., 7) Man wollte sich damit deutlich von der Lösung, die die Bolschewiki 1919 wählten, die Requirierung der Getreidevorräte und die Einführung des Kriegskommunismus, abgrenzen. Die anderen Institute sollten später folgen – etwa die bis 1993 weitgehend abgeschlossene Privatisierung und dann die Stabilisierung der

² Bush's Außenminister James Baker: "Der Zusammenbruch der Sowjetunion verschafft uns eine einzigartige Chance, amerikanische Interessen und Werte weltweit zu fördern." (Baker 1992)

Währung 1995-1997. Evgenij Jasin, selbst russländischer Wirtschaftsminister 1994-1997, meint in seinem Vorwort, dass mit der Preisliberalisierung, der Privatisierung und der Stabilisierung ein „lebensfähiger Kern“ entstanden sei. (ebd., 8) Dann sei eine neue Weichenstellung vorzunehmen gewesen: „Was würden die entscheidenden Triebkräfte der Modernisierung sein – eine hohe Geschäftsaktivität, die maximale Ausnutzung der Möglichkeiten des Unternehmertums, die durch die Reformen geschaffen wurden, oder die Initiative und die Ressourcen des Staates, also der Bürokratie, die nach einer Revanche an den sich über sie erhoben habenden Oligarchen gierte.“ (ebd., 9)

Diese idealisierende Reflexion der Reformen standen allerdings im Kontrast sowohl zu der sozialen, als auch der politischen Entwicklung. Die Reformen gaben dem „kriminellen Kapitalismus“ letztlich seine Legitimation. Aufmerksamen Leser*innen wird nicht entgehen, dass das Institut des Interessenausgleiches (besser gesagt des Kompromisses) zwischen Lohnabhängigen und Unternehmer*innen in all diesen Überlegungen nicht vorkommt. Es ist nicht in erster Linie die bürgerliche Medienöffentlichkeit, die historisch gesehen sich (das Bürgertum) selbst zähmt, sondern die Sichtbarkeit des Konfliktes mit einer artikulations- und handlungsfähigen Arbeiterschaft als Klasse. Die offiziellen russländischen Gewerkschaften (als Apparate) erheben sich aber aus der Konkursmasse der Sowjetunion aus dem gleichen Milieu, wie es die Oligarchen und der Staatsapparat tun, nicht aus der Trennung von denen. Vor diesem Hintergrund kam es keinesfalls zu der von Gaidar und Chubajs erträumten innovativen Geschäftstätigkeit, sondern zu einem in der jüngeren Geschichte beispiellosen Raubzug des aus den alten Apparaten neu entstehenden Kapitals. Der stützte sich wiederum auf verschiedene Netzwerke in Wirtschaft und Politik, die ihrerseits in Konkurrenz standen und damit die Gesellschaft immer mehr desintegrierten. In diesem Umfeld war Korruption notwendiges Moment des Interessenausgleichs. Anders konnte es auch nicht sein, wenn erst die Preise freigegeben werden, und dann die anderen Institute der Marktwirtschaft entstehen sollten...

Ideal und Realität

Ein darauf aufsetzender Staat konnte in sozialer Hinsicht nur paternalistisch und brutal-repressiv sein. Nicht der Klassenkampf zähmte Kapital und Staat, der Staat allein musste dies im Sinne der Erhaltung des Ganzen tun – und im Zweifel liegt die Gestaltungsmacht in einer solchen Konstellation bei dem, der die Machtmittel hat – hier entschied der Staat den Kampf für sich. Diese Entscheidung zog sich durch das ganze politische System, von der Spitze bis in die Regionen, wobei die demokratischen Ansätze der späteren 1980er Jahre beseitigt wurden. Bereits im Jahr 1996 konstatierte eine Untersuchung in der Region Saratov, dass Gremien „von unten“, die aus den Initiativen der Perestroika-Zeit entstanden waren, Opfer dieses Machtkampfes wurden. (Brie 2004, 213) Brie charakterisiert aus dieser regionalen Perspektive für das Ende der 1990er Jahre die Konstellation folgendermaßen:

„Bei der Mehrheit der machttragenden Akteure gibt es anders als zur sowjetischen Zeit oder auch als in den frühen neunziger Jahren eine gespaltene ideologische Identität. Auf der einen Seite haben sie weitgehend elementare Idealvorstellungen von Demokratie und Marktwirtschaft übernommen und deren Implementation als Zielstellung akzeptiert. Auf der anderen Seite verwirklichen sie ein praktisches Programm, das in deutlicher Differenz und teilweise auch im Gegensatz zu diesen ideologischen Zielen steht.“ (ebd., 214f.)

„Marktwirtschaft“ und „Demokratie“ standen, wie Brie weiter ausführt, für „sehr abstrakte Begriffe ... , denen die soziale Verankerung fehlte.“ Diese „deutliche Differenz“ und die „fehlende soziale Verankerung“ fanden ihren Ausdruck und ihre Konsequenz in der Stärkung der „Machtvertikale“, und in der Anwendung vom dem Ideal (von Marktwirtschaft und Demokratie) widersprechenden Mitteln, um das Ideal zu erreichen. (ebd., 216) Die Präsidentschaft Putins ab 2000 ist gekennzeichnet durch die Suche nach effektiven Wegen, diese Widersprüche zu lösen.

Charakteristische Züge des russländischen Akkumulationsregimes Ende der 1990er Jahre waren die Orientierung auf den schnellen Gewinn, egal aus welchen Quellen und die Ausdeutung von bürgerlicher Demokratie und Meinungsfreiheit als Freiheit derer, die dafür bezahlen konnten. Die ausländischen Investoren, auf die Gaidar und sein Kreis große Hoffnungen gesetzt hatten, verhielten sich nicht anders als die einheimischen Oligarchen. Wenn heute die Abneigung gegen westliche Modelle beklagt wird, so hat diese ihren Ursprung hier. Ein Weißbuch zu den Folgen der Wirtschaftsreformen 1991-2002 dokumentierte die verheerenden Folgen dieses Kurses. Die Lebenserwartung sank von 70,13 Jahren (1986/87) auf 65,29 Jahre (2001), die gesundheitliche Versorgung verschlechterte sich rapide, die Zahl der tödlichen Tuberkulosefälle verdreifachte sich, es kam zu einem „allgemeinen Defizit in der Ernährung“, von dem 50 Prozent der Bevölkerung betroffen waren usw. Die Autoren sprechen von einer „Archaisierung des gesamten Systems der Produktion und Verteilung von Nahrungsmitteln“. Die Industrieproduktion verringerte sich gegenüber 1980 auf 60 Prozent. (vgl. Glaz'ev et al. 2004) Die Nichtzahlung oder verspätete Zahlung von Löhnen war weit verbreitet, die Straßen nach Einbruch der Dunkelheit gefährlich. Im Jahr 1998 eskalierten diese vielfältigen Widersprüche in einer tiefen Krise: im August kam es zu einem weitgehenden Zusammenbruch des Finanzsystems und der Wirtschaft insgesamt, schließlich zur Zahlungsunfähigkeit des Staates. Im Ergebnis sank das Lebensniveau weiter. Bei der Lösung dieser Krise spielte die inzwischen gefestigte staatliche Macht eine zentrale Rolle. Das (neo)liberale Institut für die Ökonomie der Übergangsperiode (unter Leitung von Egor Gaidar) schätzte kurz nach dieser Krise ein, dass sich damit die Struktur der russländischen Eliten, das Verhältnis von ökonomischen und Einflussgruppen, Rolle und Status der Oligarchen sowie schließlich auch der Charakter der weitergeführten Privatisierungen änderten. (vgl. Gajdar 2003, 133)

„Die politischen Institutionen erhielten ein eigenes Gewicht und wurden schrittweise zu gleichberechtigten Partnern im Dialog mit der Geschäftswelt oder begannen sogar die führende Rolle in diesem Dialog zu spielen.“ (ebd., 134)

Weichenstellungen II

Der Liberalismus in Jelzinscher Ausprägung hatte sich Ende der 1990er Jahre damit völlig diskreditiert. Die Oligarchen wurden mit Gewalt (physisch und ökonomisch) in die Schranken gewiesen, die Kriminalität wurde mit durchaus auch brutaler Gewalt unterdrückt – es zog so etwas wie Normalität in den Alltag ein. Das macht bis heute die Popularität Putins unter der älteren Generation aus. Insoweit fielen die Interessen breiter Teile der Bevölkerung und der putinschen Bürokratie und selbst eines Teils der (Neo)Liberalen zusammen.

Diese Orientierung und die mit den Privatisierungen (reale wie faktische) verbundenen Fixierung neuer sozialer Strukturen brauchte aber auch eine eigene ideologische und kulturelle Legitimation. Sie fanden sie in Nationalismen und Religionen. „Fanden sich“ bedeutet hier, dass sie durch alle Schichten hinweg zu Anknüpfen sozialer Selbstbehauptung wurden, und dann wie selbstverständlich von

den neuen Herren ausgebeutet werden konnten. Der „Schrei der bedrängten Kreatur“ kreuzte sich mit dem Versuch der Eliten, mit Versatzstücken globaler und eigener Geschichte eine Identität jenseits der sowjetischen Tradition und diese aktiv verleugnend oder verfälschend zu zimmern. So entstand der Kapitalismus im postsowjetischen Raum von vornherein nicht einfach als neoliberaler, sondern als oligarchischer Kapitalismus ohne ein im westlichen Sinne traditionelles Bürgertum. Auch wenn er, wie russländische Forschungen immer wieder betonten und betonen, vorwiegend als „krimineller“ Kapitalismus betrachtet werden kann, schloss und schließt dies Variationen nicht aus, einschließlich wohlfahrtsstaatlicher oder sozial-paternalistischer Strategien, sei es auf der regionaler oder auf der Ebene der Unternehmen.

Es stellte sich mit der Krise 1998 die Frage, in welcher Richtung das russländische politische System und das Akkumulationsregime angesichts dieser komplexen Bedingungen zu verändern wären. Die starke Machtvertikale war dabei einerseits Stütze der Suche, gleichzeitig aber auch selbst eine der Varianten der Gestaltung des politischen Systems, die sich letztendlich vor allem nach der Weltwirtschaftskrise von 2007 bis 2009 durchsetzen.

Über mehrere Jahre hinweg bestimmte, beginnend mit der Überwindung der Krise von 1998 und forciert mit der Wahl Putins zum Präsidenten, die Suche nach einer Antwort darauf die russländische Politik. Wie auch in anderen Weltteilen arbeiteten die Herrschenden mit parallelen Szenarien, die Handlungsfähigkeit unter wechselnden Bedingungen gewährleisten sollen; erfolgreiche, d.h. der Situation, dem Handeln der sozialen und globalen Kontrahenten und den eigenen Interessen adäquate, werden weiterverfolgt, untaugliche verworfen. Gaidar und Chubajis heben nach 1998 durchaus berechtigt drei Weichenstellungen hervor – die Entscheidung zur Fortführung des „marktwirtschaftlichen“ Kurses 1998/1999 (Gajdar/Čubajis 2011, 121) und die zur Erweiterung der Investitionen in die Entwicklung der russländischen Wirtschaft auf der Grundlage der steigenden Ölpreise Anfang der 2000er (ebd., 133). Die dritte, zum Zeitpunkt des Erscheinens des Buches (2011) aktuelle Frage war, ob Russland den Weg zu einer technologisch fortgeschrittenen, konkurrenzfähigen oder einer zweitrangigen Macht beschreiten würde: „Innovation oder Degradation“ sei die aktuelle Frage. (ebd., 152)

Diese Suche spiegelte sich in allen strategischen Diskussionen wider. Zum Beispiel wurden im Jahr 2002 von Expert*innen unterschiedlicher Einrichtungen folgende drei Szenarien gesehen:

„Erstes Szenario: Die Verwandlung Russlands als Teil der euro-atlantischen Allianz. Im Ergebnis einer fortschreitenden Annäherung von USA und EU und der Einbeziehung Russlands in die strategische Logik der NATO erfolgt eine offizielle oder informelle Organisierung der nördlichen Hemisphäre, die sich der Lösung der globalen Probleme annehmen wird. Das ist das optimistischste, jedoch unwahrscheinlichste Szenario...

Das zweite Szenario besteht aus der Verwandlung Russlands in einen Teil Europas in politischer und ökonomischer Hinsicht... Dieses Szenario erscheint als das logischste, obwohl es auf dem Weg seiner Realisierung ernsthafte Probleme gibt...

Drittes Szenario. In dessen Rahmen entwickelt sich Russland, vor allem unter dem Druck der Verhältnisse, als selbstständiges Zentrum innerhalb einer sich „globalisierenden“ Welt. Das Land entwickelt sich als Machtzentrum vom Typ Chinas, jedoch hinsichtlich Macht nicht mit den USA, noch weniger der euro-atlantischen Allianz gleichzusetzen. Jedoch besitzt Russland hier ein eigenes Gewicht und eine eigene Rolle, ohne sich von den anderen Machtzentren zu lösen.“ (Kaspè 2002, 10–13)

Personifizierung eines gesellschaftlichen Widerspruchs

Sowohl die innenpolitischen wie auch die außenpolitischen Weichenstellungen in den Jahren um 2000 waren eine Herausforderung für die Oligarchen der Jelzin-Zeit. Am konsequentesten stellte sich Michail Chodorkovskij, einer der reichsten und skrupellosesten unter ihnen, dieser Herausforderung – um in irgendeiner Weise die hergebrachten Machtverhältnisse zu sichern und die Kontrolle über das politische System (wieder) herzustellen. Er war selbst durch Privatisierungen und Korruption sowie unmittelbare Beteiligung an politischen Entscheidungen (u.a. als Regierungsmitglied) zu einem der reichsten Oligarchen geworden. Um in der Konfrontation mit Putin zu bestehen, investierte er umfangreich in einen Imagewechsel – und tatsächlich verschwand seine dunkle Vergangenheit bald aus dem Bewusstsein. Durch die Gründung von Organisationen verschiedenen Charakters wurde versucht, durch die Verbindung von demokratischer Ermächtigung der Bürger*innen und fortgesetzter Bestechung von Politiker*innen und (z.T. illegaler) Parteienfinanzierung die Lebensfähigkeit des oligarchischen Systems zu sichern und die Spielräume für selbstherrliches Agieren im eigenen Machtbereich zu erhalten. (vgl. Timtschenko 2012, 270) Mit seinem Versuch, Anteile an seinen Erdölfirmen an US-amerikanische Konzerne zu verkaufen und mit politisch ambitionierte Ankündigungen gegenüber hochrangigen Politiker*innen der USA zur einseitigen Abrüstung Russlands überschätzte er jedoch seine Macht entschieden und geriet in scharfen Widerspruch zu Sicherheitsinteressen Russlands. Auch den USA schien dieses Spiel zu riskant. (vgl. ebd., 284ff.) Aus der Sicht des Putin-Kreises musste damit klar sein, dass die Oligarchen ihre Machtambitionen keinesfalls aufgegeben hatten. Trotz der ihm (wahrscheinlich zutreffend) vorgehaltenen Verbrechen wurde er mit seiner Verurteilung zum Symbol einer abstrakten Demokratie, für die er selbst in der Praxis nie gestanden hatte. Die Konfrontation zwischen diesen beiden Machtzentren, personifiziert in Chodorkovskij und Putin, ist nach der Überwindung der Krise 1998 und der Einsetzung Putins als Ministerpräsident eine grundlegende politische Weichenstellung der nach-Jelzin-Ära, die mit den erwähnten wirtschaftspolitischen verflochten war. Der Versuch Chodorkovskijs, unter dem Deckmantel von Demokratieforderungen Oligarchenmacht zu reorganisieren, diskreditierte Zivilgesellschaft und Demokratie. Eine Befragung aus dem Jahr 1999 zeigte, dass immerhin 79 Prozent der Teilnehmer*innen die teilweise (21%) oder vollständige (58%) Rücknahme der Privatisierungen für notwendig hielten. (Levašov 2001, 874) Handeln schien also nötig. Der „Westen“ folgte diesem Missbrauch von Demokratie willig – und diskreditierte sich damit gleichfalls. Die betont einseitige Deutung dieses Machtkampfes konnte nur als eine Missachtung russländischer Interessen interpretiert werden, womit den oben dargestellten, letztlich globalisierungskonformen Szenarien eigentlich kein Raum mehr blieb.

Suchbewegungen

Diese politische Suchbewegung traf auf drei, im Westen weitgehend unbeachtete, Initiativen – die Diskussionen um den russländischen Sozialstaat, um die kommunale und regionale Selbstverwaltung sowie die Etablierung „Nationaler Projekte“ zur Modernisierung des Landes.

Im Januar 2004 legte eine hochrangige „zeitweilige Arbeitsgruppe“ dem Präsidenten ein „Konzept zu einem Sozialstaat der Russländischen Föderation“ vor. (vgl. ATISO 2004) Die Debatte läuft nach 2008 aus, nachdem die Akademie der Wissenschaften in diesem Jahr eine ebenfalls hochrangig besetzte Konferenz zu diesem Thema veranstaltet hatte. (vgl. Sulakshin 2008) Die Diskussionen und

Vorschlägen lagen in ihrer Richtung weitgehend in der Tradition der westeuropäischen Sozialstaatsvorstellungen. Das im Januar 2004 vorgelegte Konzept ging von der Notwendigkeit der „Harmonisierung und Annäherung der Gesetzgebung und der sozialen Praxis mit den Mitgliedern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten [GUS] und der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie der europäischen Staaten, die die [Europäische] Sozialcharta unterschrieben haben“ aus. (ATISO 2004, 4)

In diesen Diskussionen war man sich weitgehend einig, dass eine solche Entwicklungsrichtung a) von „unten“ voranzutreiben sei, b) der Staat dabei eine aktive Rolle zu spielen habe und auch eine Umorientierung der Wirtschaftspolitik nötig sei, c) die Macht des Unternehmertums zu regulieren sei und d) eine Demokratisierung des politischen Systems erfolgen müsste. Im Kern ging es um ein anderes Akkumulationsregime. K. Mikul'skij beschreibt die Weichenstellung bereits 2003 dahingehend, dass die erforderliche Aktivierung des Staates zwei Alternativen eröffnen könnte: entweder die Korrektur des bisherigen Akkumulationsmodells in Richtung auf eine zivilisierte Regulierung des Marktes und die Schaffung der materiellen Basis für die Befriedigung sozialer Bedürfnisse oder die wie immer geartete Wiederherstellung staatlicher Mechanismen der freihändigen Steuerung der Wirtschaft jenseits von Kriterien ökonomischer und sozialer Effektivität. Im letztgenannten Fall, so der Autor, sei die Anwendung harter, nichtdemokratischer Methoden politischer und ideologischer Kontrolle gegenüber der Gesellschaft unausweichlich. (vgl. Mikul'skij 2003, 45) Die ökonomischen Voraussetzungen für die erste der von Mikul'skij genannten Alternativen, die in den Debatten Anfang der 2000er auch präferiert wurde, in diesen Jahren wegen des hohen Ölpreises günstig. Allerdings war mit der Affäre um Chodorkowski auch klar, dass weitergehende Schritte in derartig komplexer Weise die gerade gewonnene relative Stabilität wieder in Frage stellen könnte. Zudem war ein so weitreichender Staatsinterventionismus der eigentlich nötigen Art in den herrschenden wirtschaftspolitischen Diskursen und Konzepten nicht mehr „modern“. Die Ratschläge der Weltbank im Jahr 2005 entsprachen dementsprechend auch nicht den Bedingungen Russlands: Es ginge um den Schutz des Privateigentums, eine strenge Kartellpolitik, freien Wettbewerb und globale Integration. Russland müsse einen modernen Rahmen für Wettbewerbspolitik schaffen und gleichzeitig für ausländische Konkurrenz offen bleiben. (vgl. World Bank 2005, 121) Letztlich waren es aber genau diese Ratschläge, die mehr als 10 Jahre zuvor in die Katastrophe geführt hatten. Real empfahl die Weltbank angesichts der gegebenen Bedingungen die Quadratur des Kreises – und die wurde mit der Etablierung „Nationaler Projekte“ (ab 2006) und staatlicher Konzeptionen als Richtlinien für die langfristige Politik (Pravitel'stvo Rossijskoj Federacii 2008) erfolglos versucht. Aber ohne radikale Eingriffe in die oligarchisch geprägte Eigentumsordnung mit allen ihren Konsequenzen³ und eine strikte Gestaltung der ausländischen Investitionen wäre eine andere Entwicklungsrichtung (nicht einfach nur Wachstum) unmöglich. In den russländischen Entwicklungen stieß damit die bisher dominierende Art der Bewältigung von Entwicklungsproblemen kapitalistischer Ökonomien an eine Grenze. Zwar hatte sich diese schon in anderen Ländern gezeigt, aber im Falle Russlands machte sich der quantitative Aspekt in bisher nicht gekannter Weise geltend. Spätestens 2010 erweist sich, dass eine bloße Anpassung Russlands an den euro-atlantischen Typ des Kapitalismus nicht möglich ist und die Versuche, dies zu erzwingen, in autoritäre Herrschaftsformen führt. Unter den Bedingungen Russlands, wie auch vieler anderen nicht-westlichen kapitalistischen Gesellschaften, können Simulationen des Westens entstehen, aber nicht dessen Realitäten.

Die Dimension dieses Problems ist zwar immer wieder angesprochen, aber nicht praktisch bewältigt worden. Die Hilflosigkeit der bürgerlichen Opposition in Russland wie auch der Linken in Russland,

³ Gemeint sind hier unter anderem wirtschaftsstrukturelle, rechtliche, umwelt- und sozialpolitische und regionalpolitische Konsequenzen, Fragen der Dezentralisierung und Demokratisierung, insbesondere hinsichtlich der Betriebs- und Unternehmensverfassung.

Osteuropa und Westeuropa angesichts des Krieges begründet sich in diesem Verkennen des Neuen. Die Fixierung auf eine militärische Lösung (von der niemand weiß, wie sie aussehen soll) und auf die Beseitigung Putins wird die Situation vielleicht für einen Augenblick befriedet erscheinen lassen, birgt aber den Keim der nächsten, wahrscheinlich dann noch schrecklicheren Kriege in sich. Der Ukraine-Krieg zeigt eindringlich, dass wir nicht nur in den Ruinen des europäischen Hauses, sondern auch in denen des Neoliberalismus hausen – die einen komfortabler, die anderen unter existenzieller Bedrohung; aber es bleiben Ruinen.

Boris Kagarlickij beschreibt in einem telegram-Beitrag das Resultat der mehr als dreißigjährigen Orientierungssuche für das gesellschaftliche Bewusstsein in Russland so: „Aber wenn die gegenwärtige russische Regierung, die eine sterile, fast ideale Verkörperung der sozialen Reaktion ist, krankhaft unfähig, irgendetwas Positives zu bieten und nur Zerstörung mit sich bringt, wo liegt dann das Geheimnis der Wirksamkeit der Propaganda? Leider im Prozess der Zerstörung selbst. Schon die späte sowjetische Gesellschaft war trotz der Rhetorik der offiziellen Ideologie von extremem Individualismus, schwachen sozialen Bindungen und mangelnder Solidarität geprägt. Die Marktreformen der 1990er Jahre und Putins paternalistischer Autoritarismus haben das Problem nicht nur nicht gelöst, sondern im Gegenteil verschärft. Die moderne russische Gesellschaft zeichnet sich durch ein äußerst geringes Maß an gegenseitigem Vertrauen zwischen den Menschen, Misstrauen gegenüber dem Staat und seinen Institutionen aus. Menschen vertrauen nur ihrer Familie und engsten Freunden. Und die große Welt, die außerhalb des Kreises der aktuellen Sorgen liegt, ist nicht nur unverständlich, sondern auch nicht interessant. Das Fernsehen erzählt den Zuschauern, was sie nicht verstehen, aber im Großen und Ganzen auch nicht verstehen wollen. Mit diesem Zustand waren lange Zeit sowohl die Behörden als auch ein bedeutender Teil der Gesellschaft zufrieden. Aber Kriege werden nicht allein durch Propaganda gewonnen. Auch nicht die im Bereich der Information. Aber die politische Realität, die in die kleine Welt des Privatlebens des einfachen Menschen einbricht und sie zerstört, lässt die Menschen die große Welt entdecken, die buchstäblich vor ihrem Fenster liegt.“ (Kagarlickij 2022)

Nachbemerkung

Wir haben hier einen Teil der Entwicklungen bis in das Jahr 2010 verfolgt, bevor mit den Folgen der Weltwirtschaftskrise und dem ukrainischen Maidan eine neue Etappe beginnt. Nicht ausgeführt ist hier die Geschichte der russländischen Linken in der Zeit von 1991 bis 2010, was aber für das Verständnis des Handelns ihrer verschiedenen Fraktionen heute wichtig ist.

Dies umso mehr, als dass die von der russländischen Regierung verkündete Orientierung auf die Rolle des privaten Unternehmer*innentums und zahlreiche Erleichterungen für die Unternehmen im Zuge der Mobilisierung der Wirtschaft einen harten Kurs gegen soziale und gewerkschaftliche Rechte für die Zukunft erwarten lassen. (vgl. Brangsch 2022) Ganz in diesem Sinne äußerte sich Oleg Deripaska, einer der reichsten Männer Russlands, vor wenigen Tagen in einem Interview zu Prinzipien einer neuen Wirtschaftspolitik. (Gurova 2022) Aus seiner Sicht soll die Mobilisierung der russländischen Wirtschaft in einer strikt kapitalorientierten Wirtschafts-, Sozial- und Rechtsordnung münden. Damit würde sich der Kreis schließen...

Literatur

- ATiSO (Hrsg.) (2004). Konceptija social'nogo gosudarstva Possijskoj Federacii 300. Aufl., Moskva: ATiSO
- Baker, James (1992). Humanitäre Hilfe der USA an die GUS angerollt. Rede von Außenminister Baker vor dem Kongreß U.S. *Information Service* (Hrsg.); in: *Amerika-Dienst* 6/1992, 6
- Belousov, R.A. (2006). *Ėkonomičeskaja istorija Rossii: XX. vek*, Moskva: IZDAT
- Brangsch, Lutz (2022). Russland: Eine mobilisierte Wirtschaft, in: *OXI Blog*, abrufbar unter: <https://oxiblog.de/kriegswirtschaft-mobilisierte-wirtschaft-russland/> (letzter Zugriff: 19.4.2022)
- Brie, Michael (2004). *Ordnung aus Anarchie: Fallstudie zur Entstehung einer autoritären Demokratie in der russischen Provinzregion Saratov*, Berlin: GSFP
- Dellheim, Judith/Brangsch, Lutz (2014). Humanitäre Hilfe leisten, deeskalieren, in: *Rosa-Luxemburg-Stiftung*, abrufbar unter: <https://www.rosalux.de/news/id/6920/humanitaere-hilfe-leisten-deeskalieren> (letzter Zugriff: 13.4.2022)
- Erler, Gernot (2000). Die Rußland-Politik des IWF oder das organisierte Verhängnis, in: *Gorzka, Gabriele/Schulze, Peter W.* (Hrsg.): *Russlands Weg zur Zivilgesellschaft: Zentralismus, regionale Eigendynamik, Staatsfunktionen, Privatwirtschaft, Rechtsstrukturen und Normen in einer zivilen Gesellschaft, Partikularinteressen, Gemeinwohl*, Bremen: Edition Temmen
- Gajdar, Egor T. (Hrsg.) (2003). *Ėkonomika perechodnogo perioda: očerki Ėkonomičeskoj politiki postkommunističeskoj Rossii, 1998-2002*, Moskva: Izd-vo „Delo“
- Gajdar, Egor T./Čubajs, Anatolij B. (2011). *Razvilki novejšej istorii Rossii*, Moskva: OGI
- Glaz'ev, S. Ju./Kara-Murza, S. G./Batčikov, S. A. (2004). *Belaja kniga: Ėkonomičeskie reformy v Rossii 1991-2002 gg.*, Moskva: ĖKSMO : Algoritm
- Gurova, Tat'jana (2022). Novaja normal'nost' s Olegom Deripaska, in: *Ėkspert*, abrufbar unter: <https://expert.ru/2022/04/15/novaya-normalnost-s-olegom-deripaskoy/> (letzter Zugriff: 19.4.2022)
- Kagarlickij, B. Ju (2022). [Ideologie in Russland], in: *Кагарлицкий letters*, abrufbar unter: <https://t.me/kagarlitsky/950> (letzter Zugriff: 10.4.2022)
- Kaspě, S.I. (2002). *Obščij aršin. Ėksperty o buduščem Rossii*, Moskva: Evropejskij delovoj klub v RF u.a.
- Levašov, V. K. (Hrsg.) (2001). *Rossijskoe obščestvo i radikal'nye reformy: monitoring social'nych i političeskich indikatorov*, Moskva: Academia
- Mikul'skij, Konstantin (2003). *Social'no-ekonomiceskie modeli v sovremennom mire i put' Rossii, Kniga 1 Transformacija postsovetskogo obscestva*, Moskau: Ekonomika
- ND (1993). Pinochet als Vorbild, in: *Neues Deutschland*, abrufbar unter: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/461493.pinochet-als-vorbild.html> (letzter Zugriff: 9.3.2022)
- Pravitel'stvo Rossijskoj Federacii (2008). *Konceptija dolgosročnogo social'no-Ėkonomičeskogo razvitija Rossijskoj Federacii do 2020 goda*, abrufbar unter: <http://static.government.ru/media/files/aaooFKSheDLiM99HEcyrygytGzrnAX.pdf> (letzter Zugriff: 13.4.2022)
- Sachs, Jeffrey (2005). *The end of poverty: how we can make it happen in our lifetime*, London: Penguin Books
- Schroeder, Jan (2022). Putins irrationales Auftreten: Strategisch irre, in: *Die Tageszeitung: taz*, abrufbar unter: <https://taz.de/!5838142/> (letzter Zugriff: 2.4.2022)
- Sulakšhin, S. (Hrsg.) (2008). *Rossija: put' k social'nomu gosudarstvu (Materialy Vseossijskoj naučnoj konferencii, Moskva 6 ijunija 2008g.)*, Moskva: Nauchnyj Ėkspert
- Timtschenko, Viktor V. (2012). *Chodorkowskij: Legenden, Mythen und andere Wahrheiten*, München: Herbig
- Wood, Tony (2022). *Matrix of War*, in: *New Left Review*, (133/134), 41–64

World Bank (2005). Report No. 32308-RU. Russian Federation: From Transition to Development. A Country Economic Memorandum for the Russian Federation, Washington, D.C.: World Bank